

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

63. Sitzung
8. Januar 2026

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 17.11 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Alleinerziehende in Berlin – Alltag zwischen
Überlastung und Chancen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0386](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt führen wir eine Anhörung durch. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Das ist der Fall. Dann verfahren wir auch so.

Dann darf ich nun die Anzuhörenden ganz herzlich begrüßen. Diese sind Frau Berin Arukaslan, Leiterin der Erziehungs- und Familienberatungsstelle der Caritas Berlin-Mitte und Mitglied des Vorstands des Fachverbandes LAG Berlin e. V., Frau Dr. Nadja Ringel, Leitung der Erziehungs- und Familienberatungsstelle, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Frau Anett Dubsky, Landeskoordinierung Alleinerziehende Berlin des Berliner Landesprogramms zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende, Frau Delia Keller, Initiative „Kindergeld für alle Kinder! Keine Abzüge für Kinder Alleinerziehender!“ und Vorstandsmitglied des gemeinnützigen Vereins Fair für Kinder e. V. – Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Dann kommen wir zur Begründung zu Punkt 3 durch die Fraktionen der CDU und/oder der SPD. Sie haben sich darauf verständigt, dass beide begründen werden. Wir beginnen mit Herrn Simon. – Bitte sehr!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns allen ist präsent, dass es sehr viele Alleinerziehende in Berlin gibt. Sie sind keine Nischenerscheinung. Selbst wenn sie es wären, wäre es richtig und sinnvoll, sich damit zu befassen, aber ist es so, dass nach Untersuchungen knapp jede dritte Berliner Familie eine ist, die alleinerziehend ist. Es ist für alle, die sich in solche Menschen hineinversetzen können oder selbst einmal in dieser Situation waren oder jetzt gerade in der Situation sind, klar, dass es mit ganz vielfältigen, erheblichen Belastungen einhergeht, sich Aufgaben nicht mehr aufteilen zu können, sondern von A bis Z für alles verantwortlich zu sein. Das ist sehr schwer. Wir glauben, dass es notwendig ist zu überlegen, wie wir politisch damit umgehen wollen.

Natürlich haben das unsere beiden Parteien, die den Koalitionsvertrag vor drei Jahren geschlossen haben, auch schon im Vorfeld des Koalitionsvertrags debattiert und im Koalitionsvertrag festgehalten. Uns ist wichtig, dass es kein Negativpunkt ist: Es soll kein Stigma sein. Es gehört einfach zu unserer Stadt dazu, dass es so ist. Wir wollen aber die Rahmenbedingungen so setzen, dass sie möglichst passend für möglichst viele sind, auch für die vielen Familien, die alleinerziehend sind.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Freier-Winterwerb, bitte sehr!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist ja eines, das uns alle miteinander sehr umtreibt, weil – Roman Simon hat es gerade gesagt – Alleinerziehende schon eine ganze Menge zu tun haben und von Partnerinnen, Partnern beziehungsweise von Familie häufig keine Entlastung bekommen. Gerade deshalb ist es ganz wichtig zu schauen, wie man Alleinerziehende und die Bedürfnisse von Alleinerziehenden und deren Kindern ein Stück weit erkennen, anerkennen und unterstützen kann. Wie schafft man es eigentlich, nicht dahinzukommen, dass man schnell noch mal dies oder jenes macht? Denn wenn man sich um alles kümmert, dann ist natürlich im Internet zu schauen, wie man zu einer Beratungsstelle kommt, und dann schnell eine Stunde dorthin zu fahren, zwei Stunden dort zu sein und noch eine Stunde zurückzufahren, auch schon etwas, das einen be- und überlasten kann.

Es ist immer wichtig, auch noch einmal zu prüfen, wie unsere Strukturen sind, die wir miteinander geschaffen haben. Es ist schon eine Weile her, aber als ich noch Bezirksstadtrat war, hatten wir ein Netzwerk für Alleinerziehende. Sie haben sich häufig sehr gut miteinander vernetzt, aber eigentlich hätte ich mir noch mehr Geld gewünscht, um die Struktur ein Stück weit hochzufahren, um mehr in die Breite zu gehen. Vielleicht hat sich das mittlerweile geändert.

Es gibt die eine oder andere Anhörung, da weiß man schon im Vorfeld, was man am Ende der Anhörung weiß. Hier ist es ergebnisoffener. Wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie uns mit Ihrem Wissen bereichern und den politischen Prozess voranbringen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann wäre jetzt die Möglichkeit für den Senat, einleitend Stellung zu nehmen. – Frau Günther-Wünsch, bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Ich freue mich sehr, dass wir heute das Thema Alleinerziehende und damit Einelternfamilien hier im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie behandeln können. Die beiden Kollegen haben es gerade schon gesagt, das ist ein Thema, was meines Erachtens viel zu wenig Berücksichtigung findet. Wenn man sich aber einfach mal die Zahlen in dieser Republik anschaut, muss man ganz klar sagen, dass Berlin bundesweit das Bundesland mit den meisten Alleinerziehenden ist. Damit sind wir weit weg von einem Nischenthema. Jede dritte Familie ist eine Einelternfamilie; ich glaube, das ist der Fachbegriff, auch wenn er sehr technisch ist. Gleichzeitig haben wir in Berlin unter den Alleinerziehenden die höchste Erwerbstätigkeitsquote. Das heißt, die meisten, und das sind wiederum über 80 Prozent Mütter, die alleinerziehend sind, sind mindestens 30 Stunden und teilweise auch Vollzeit berufstätig, und trotzdem reicht es nicht. Dass das bei vielen Familien so ist, muss man ganz klar anerkennen. Viele andere Themen kommen hinzu, insbesondere für die Kinder. Sie sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen. Das heißt, wir haben hier eine Spirale und Effekte, die einander bedingen.

Ich bin sehr dankbar, dass wir heute über das Thema reden. Es ist ein Thema, ich gebe das ehrlich zu, das mich persönlich sehr umtreibt, das in Berlin seit Jahren zunimmt, das unter den aktuellen Bedingungen, bei denen auch klassische Familien zunehmend mit der Inflation zu kämpfen haben, Alleinerziehende doppelt trifft. Wenn Preise steigen und das für zwei Verdienner und zwei Elternteile schwieriger ist, dann kann sich jeder vorstellen, dass das für jemanden, der allein für die Kinder sorgt, eine zusätzliche und doppelte Belastung ist. Was wir auch zunehmend beobachten – Sie können mich gern korrigieren, das sind die Zahlen, die ich

mir angelesen habe – ist, dass wir in der Stadt auch immer mehr Alleinerziehende mit mehreren Kindern haben.

Ich gebe ganz ehrlich zu, als Mama, die selbst viele Jahre alleinerziehend war, wehre ich mich vehement dagegen, dass Kinder ein Armutsrisiko darstellen geschweige denn Mütter oder Väter an den gesellschaftlichen Rand drängen sollen. Ich möchte mich gern Herrn Freier-Winterwerb anschließen. Ich bin sehr gespannt auf die Debatte, die wir heute haben werden. Ich würde es auch ergebnisoffen nennen, weil auch ich sehr gespannt bin, was Sie alles erwähnen werden.

Auf der anderen Seite möchte ich auch sagen, dass viele gute Dinge angestoßen wurden. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, das Netzwerk für Alleinerziehende habe ich selbst schon mehrmals besucht: Ich wünschte, dass es dafür mehr Geld gäbe. Wir können das leider nicht in diesem Ausschuss entscheiden, aber wir würden Ihnen alle gern mehr Geld dafür zur Verfügung stellen.

Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Ich glaube, da sind wir in Berlin auf einem guten Weg, aber ich höre auch gern zu, wie wir das noch besser hinbekommen und dort bedarfsgerechter für Alleinerziehende werden. Was ich immer wieder höre, ist, dass wir gerade für Teeniemütter oder sehr junge Mütter, die vielleicht noch eine Ausbildung machen müssen, noch bessere, bedarfsgerechtere Angebote machen müssen.

Ich freue mich auch sehr, dass wir tatsächlich mit dem Familienförderungsgesetz Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, die auch daran anknüpfen, die Prävention zu stärken, bevor jemand alleinerziehend wird. Ich sehe die Tischvorlage, so nenne es jetzt mal, die wir bekommen haben. Wir können wir bei dem Thema Erziehungs- und Familienberatung vielleicht auch die Strukturen optimieren? Wie können wir noch zielgruppengerechter adressieren?

Das Thema Familienservicebüros: Gerade in Marzahn-Hellersdorf war ich dabei, als wir das eröffnet haben. Dort ist immer wieder Thema, wie man die Antragsweise vereinfachen, auch Anträge zusammenlegen, bestenfalls auch digitalisieren kann, aber auch, wie ich Beratung ermöglichen kann, um Alleinerziehenden überhaupt deutlich zu machen, welche Ansprüche sie haben.

Ich würde mich auch freuen, wenn wir gerade in diesem Ausschuss den Fokus auf die Kinder von Alleinerziehenden legen. Ich habe es gerade schon gesagt, sie sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen. Damit ist Partizipation nicht im gleichen Maße möglich. Auch da bin ich sehr gespannt und daran interessiert, was wir heute in dieser Anhörung besprechen werden. Ich möchte mich kurz fassen, aber Sie merken, dass das ein Thema ist, das mir wirklich wichtig ist, und dass ich mich sehr darüber freue, dass wir es heute auch im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie besprechen, denn es ist ein Querschnittsthema. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann kommen wir nun zu der Anhörung. Wir beginnen mit Frau Arukaslan und Frau Dr. Ringel, die sich entsprechend ihre Redezeit aufteilen, und setzen dann fort mit Frau Dubsky und Frau Keller. – Bitte sehr!

Dr. Nadja Ringel (Erziehungs- und Familienberatungsstelle, Leiterin; Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf): Vielen Dank für die Einladung! Ich spreche mit Frau Arukaslan hier im Namen

der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungs- und Familienberatung. Wir haben Ihnen schon ein Handout ausgeteilt. Ich würde gern mit einem Fallbeispiel aus einer Erziehungs- und Familienberatung – EFB – beginnen, einfach damit Sie einen Einblick bekommen, und zwar geht es hier um eine Familie mit zwei Kindern, 8 und 4. Die Mutter spricht im Sommer die Trennung aus. Es kommt aber zu immer mehr Eskalationen im Haushalt. Die Gespräche eskalieren immer mehr. Es kommt auch zu Handgreiflichkeiten und dann zu verbalen Übergriffen. Der Kindesvater geht mit der Tochter zum Jugendamt, zur Polizei, zur Opferhilfe, sucht alle möglichen Stellen auf, und beschuldigt die Mutter. Die Mutter fühlt sich sehr hilflos, weil ihr niemand glaubt. Sie habe vor allen Dingen Angst, dass der Vater die Kinder manipuliere.

Mit dieser Ausgangssituation kommt sie zur Erziehungs- und Familienberatung. Wir laden dann beide Eltern erst einmal getrennt und dann gemeinsam ein. Es wird deutlich, dass die Situation zu Hause für die Kinder eigentlich nicht erträglich ist und es schon sehr lange so ist, dass die Eltern immer noch gemeinsam in einem Haushalt leben. Wir können dann in den vermittelnden Gesprächen arrangieren, dass die Eltern die Wohnung und die Betreuung der Kinder aufteilen, aber die Situation für die Kinder verschlimmert sich immer mehr, je länger die Eltern weiter in dieser gemeinsamen Wohnung sind. Sie kommen in Loyalitätskonflikte und in die Rollen, jeweils den Vater oder die Mutter zu trösten. Sie sollen sich positionieren oder kommen in die Rolle der Beschützer. Für eine 8- und eine 4-Jährige ist das natürlich eine ganz schwierige Situation.

In der EFB versuchen wir in den Beratungen dann immer wieder, auf die Gefahr für die Kinder hinzuweisen. Wir empfehlen die räumliche Trennung. Der Fokus liegt immer wieder auf dem Wohlergehen der Kinder. Die Eltern allerdings sind immer noch in ihrer Situation, dass sie uns Berater immer wieder von ihrer Perspektive überzeugen wollen. Sie haben Angst ausziehen, weil sie die Sorge haben, dass sie dann die Kinder verlieren. Nun soll ein Gericht entscheiden. Nach der Gerichtsentscheidung ist die Mutter nun alleinerziehend, die räumliche Trennung ist vollzogen. Damit gehen natürlich andere Probleme einher, die Sie auch schon in Ihrem Eingangsplädoyer benannt haben. Ich will darauf trotzdem noch einmal in meinem Fallbeispiel eingehen.

Vielleicht noch eine Definition für alle, obwohl ich mir sicher bin, dass Sie sie kennen: Alleinerziehend ist, wer ohne Partner mit mindestens einem Kind unter 18 lebt. Die 30 Prozent, jeder dritte Haushalt, wurden schon erwähnt. In Marzahn-Nord ist es sogar jeder zweite Haushalt. Über die Bezirke variiert das sehr. Die überwiegende Anzahl sind Mütter.

Die Situation, in der sich nun unsere Mutter vom Fallbeispiel befindet, ist eben auch, dass finanzielle Engpässe auftreten, dass sie Sorgen hat, dass sie die Miete nicht mehr bezahlen kann. Sie geht natürlich arbeiten, und trotzdem geht ein hoher Anteil des Lohns in die Miete. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird immer schwieriger. Sie kann zwar aushandeln, im Homeoffice zu arbeiten. Das ist etwas, was in der Entwicklung war. Trotzdem fehlt aber ein soziales Netzwerk, auf das sie angewiesen wäre und das für die Unterstützung der Betreuung der Kinder immer schwieriger wird.

Der angespannte Wohnungsmarkt war zu Beginn meines Fallbeispiel ein Grund, warum immer mehr Gewalt und Eskalation im Spiel waren. Wenn es zur Neuvermietung kommt, ist das oft eine Art Armutsfalle, weil die Mieten einfach so sehr gestiegen sind. Hinzu kommt, dass bei Alleinerziehenden häufig von einem Elternteil ein Gerichtsverfahren angedroht wird. Mit

dieser Unsicherheit leben diese Familien dann. Gerichte schicken sie dann meistens zur Erziehungs- und Familienberatung zurück, um die Kommunikation zu verbessern oder um einen „Kinder im Blick“-Kurs wahrzunehmen. Das sind die üblichen Maßnahmen. All diese Punkte bewirken natürlich auch, dass sich die psychische Belastung erhöht und auch eine psychische Erkrankung immer wahrscheinlicher wird. Auch da kommt dann die Erziehungs- und Familienberatung mit ins Spiel. – Jetzt gebe ich ab.

Berin Arukaslan (Erziehungs- und Familienberatungsstelle der Caritas Berlin-Mitte; Leiterin; LAG Berlin e. V., Mitglied des Vorstands): Dann mache ich mal weiter. – Was können wir als Profis in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen für Alleinerziehende tun? Was können wir ihnen bieten? Wo sind wir wirklich hilfreich?

Der Beratungsgrund Trennung, Scheidung und Umgangsregelung in den EFBs ist in den letzten Jahren extrem gestiegen. 40 Prozent unserer Beratungen in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen haben diesen Fokus. Warum steigen diese Fälle? – Das Hilfesystem ist überlastet, die regionalen Sozialdienste verweisen meistens direkt an uns, wenn Eltern dort Rat suchen oder anfragen, und die Familiengerichte schicken auch viel mehr in die Erziehungs- und Familienberatungsstellen. Einzelberatung von Alleinerziehenden ist eine wichtige Arbeit, die wir leisten, um die psychischen Belastungen der Alleinerziehenden zu verringern, ihnen eine Struktur zu geben. Aber auch Erziehungsberatungsthemen als Alleinerziehende sind häufiger im Fokus.

Wir haben eine vermittelnde Beratung zwischen den Eltern untereinander mit Einbezug verschiedener Beratungsmethoden. Bei Hochstrittigkeit oder hochkonflikthaften Eltern machen wir auch eine Art Shuttleberatung, also Pendelberatung, und arbeiten auch viel mit doppelter Arbeitskraft, also ganz häufig in Co-Beratung.

Die EFBs sind auf das Kindeswohl fokussiert. Das muss ich hier noch mal unterstreichen, auch wenn es um die Alleinerziehenden geht, aber den Kindern geht es natürlich auch nicht gut, wenn es der alleinerziehenden Mutter nicht gut geht. Wir beraten allparteiisch, mehrparteiisch, beziehungsweise sind wir parteiisch für das Kind. Das ist hier noch mal zu erwähnen. Die Grundhaltung der EFBs ist, dass der Kontakt zu beiden Eltern, solange es nicht kindeswohlgefährdend ist, gut für die Entwicklung des Kindes ist. Alleinerziehende müssen sich verantwortungsvoll für das Kindeswohl mit den anderen Elternteilen auseinandersetzen. In manchen Fällen, und zunehmend in vielen Fällen, wird das immer schwieriger. Bei einer Vorgeschichte von häuslicher Gewalt bieten wir nach der Istanbul-Konvention getrennte Beratung an. Hochstrittige Elternpaare erfordern in der EFB sehr viele personelle Ressourcen. – Das noch mal zusammenfassend, was wir bieten können und mit welchen Problemlagen wir zu tun haben, wenn es um Alleinerziehende geht.

Wir bieten viel Präventionsarbeit an, also Kinder- und Elterngruppen zu den Themen Trennung, Scheidung, Umgangsregelung. Das ist ein wichtiger Aspekt, um spätere, noch schwierigere Belastungen für Kinder zu vermeiden. Die 2023 neu geschaffene Rahmenvereinbarung für Erziehungs- und Familienberatungsstellen hat damals zwei zusätzliche Stellen vorgesehen. Die Erfahrungen aus den Beratungsstellen und die Berichte der Beratungsstellen zeigen, dass diese sehr gut ausgelastet sind und eigentlich bei der Problemlage teilweise gar nicht reichen. In vielen Bezirken, also gerade in den kinderreichen Bezirken, müsste man schauen, ob es nicht möglich ist, noch einmal personell aufzustocken.

Insgesamt arbeiten wir auch gut vernetzt mit den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten – RSD – und den Kinderschutznetzwerken des Landes, und wir nutzen auch das Netzwerk für die Schuldnerberatung, für die Wohnungssuche, für das Sozialamt und für die Kinderbetreuung. Das sind ganz viele Themen, mit denen wir uns befassen. Diese Beratungsstellen oder diese Netzwerke müssen natürlich erhalten sein und auch Kapazitäten haben, um den Alleinerziehenden in dieser Stadt ein möglichst sorgenfreies Leben zu ermöglichen. – Dann setze ich mal einen Punkt.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann machen wir weiter mit Frau Dubsky. – Bitte sehr!

Anett Dubsky (Landeskoordinierung Alleinerziehende Berlin des Berliner Landesprogramms zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende): Schönen guten Tag! Ich freue mich, dass ich heute hier sein kann. Mein Name ist Anett Dubsky. Ich bin die Landeskoordinatorin Alleinerziehende Berlin des Landesprogramms zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende. – Ich bin Ihnen beiden sehr dankbar für dieses Fallbeispiel, das Sie gerade gebracht haben, weil man schon anhand dieses Fallbeispiels sehen kann, wie breit gefächert die Situation der Alleinerziehenden im Alltag ist und welche Problematiken das mit sich bringt. Deswegen passt der Titel „Alltag zwischen Überlastung und Chancen“ auch ganz schön.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Auftraggeberin des Landesprogramms ist die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung. Das Landesprogramm gibt es seit 2018. Es war von Anfang an in dem Senatsbereich Gleichstellung angesiedelt, und wir sind in der Abteilung Frauen und Gleichstellung. Das ist eine politische Entscheidung gewesen, die hinsichtlich der Vielzahl der Frauen- und auch der Gleichstellungsproblematiken, die wir im Alltag immer noch haben, auch gerechtfertigt ist.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gestartet sind wir 2018 mit fünf Bezirken, jeweils einer Koordinierenden und der Landeskoordination. Wir haben das Programm in den letzten Jahren unfassbar ausgebaut und gestaltet. Viele Menschen haben sich berlinweit daran beteiligt, in den Bezirken Netzwerke aufzubauen, sodass wir jetzt in den Bezirken jeweils eine Koordinierende oder einen Koordinierenden haben. Wir haben mittlerweile zwölf Beratungsstellen innerhalb des Landesprogramms eingerichtet und seit 2024 auch eine zweite Koordinierungsstelle, meine Kollegin Frau Klammann, die besonders im Bereich der Beratungsstellen und Betreuung der Beratungsstellen, der Beraterinnen und Berater, tätig ist. Das heißt, anstatt mit Beginn 2018 fünf Personen arbeiten jetzt insgesamt 26 Personen aktiv im Landesprogramm, aber Sie dürfen nicht vergessen, und jetzt kommen wir schon mal zu den Koordinierenden, dass diese eher auf der strukturellen Ebene in den Bezirken arbeiten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dort gibt es bezirkliche Netzwerke, die sich mit möglichst allen und vielen beteiligten Akteurinnen und Akteuren, Partnerinnen und Partnern, mit den Fachabteilungen und so weiter in Netzwerken bündeln. Die Netzwerke sind zwischen 30 und 80 Personen stark. Es gibt Steuerungsrunden. Es gibt Fachveranstaltungen in den Bezirken, Workshops und auch eine wirklich gut ausgebaute Öffentlichkeitsarbeit, damit möglichst viele wissen, dass es uns gibt, dass es Beratungsstellen gibt und dass wir dann auch gefunden werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier sind noch mal kurz die groben Themen zusammengefasst, die in den Bezirken sogenannte Handlungsfelder sind, in denen die Netzwerke arbeiten: Gesundheit ist ein ganz wichtiges Thema, da kommen wir wieder zum Thema Überlastung, Kinderbetreuung, flexible Kinderbetreuung, das Thema Wohnen zunehmend, aber auch Ausbildung, Arbeit, Wirtschaft und Vereinbarkeit und natürlich auch das Thema häusliche Gewalt. Es gibt noch viele weitere Themen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Anlaufstellen sind ein zusätzlicher Punkt, der seit 2023 im Landesprogramm fest verankert ist. Er hat uns den direkten Zugang zu den Alleinerziehenden gebracht. In jedem Bezirk gibt es jetzt diese Anlaufstellen, wo Alleinerziehende sich hinwenden können, wo es Beraterinnen und Berater gibt. Die Beraterinnen und Berater und die Koordinierenden arbeiten natürlich eng zusammen, sodass natürlich auch die Ergebnisse aus den Beratungen gleich direkt in die Netzwerkarbeit in den einzelnen Bezirken einfließen können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir arbeiten mittlerweile alle mit Instagram. Wir versuchen, natürlich immer schön zu verbreiten, wo und wie unsere Anlaufstellen vertreten sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir noch mal auf die Themen in den Beratungsstellen schauen, sind diese unfassbar breit aufgestellt. Deswegen ist die Beratung selbst eher eine aufnehmende Beratung. Es wird geschaut: Welche Themen sind da? Es wird sortiert, und es ist natürlich auch eine Verweisberatung, weil Beraterinnen und Berater die ganzen Themen, die Sie hier sehen, gar nicht abdecken können, sodass wir dann auch eng mit anderen Institutionen zusammenarbeiten. Ein wunderbares Beispiel: Wenn unsere Beraterinnen und Berater nicht weiterkommen, gibt es eine Vermittlung an die Akteure, zu den Expertinnen und Experten vor Ort in die Bezirke. Es geht um kurze Wege, schnelle Verbindungen, direkte Kontaktaufnahme, um möglichst schnell Alleinerziehenden helfen zu können. Es gibt natürlich noch andere Akteurinnen und Akteure, Partnerinnen und Partner, mit denen wir in den Bezirken, im Land zusammenarbeiten. Wir haben vorhin schon gehört, die Familienservicebüros sind ein wichtiger Anlaufpunkt auch für Alleinerziehende, mit denen die Beraterinnen und Berater und auch die Koordinierenden zum Beispiel sehr eng zusammenarbeiten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was in den Anlaufstellen auch angeboten wird, um der Einsamkeit und diesem Gefühl, allein zu sein, entgegenzuwirken, sind Austauschrunden, Treffs, Workshops, Ausflüge, die für Alleinerziehende organisiert und durchgeführt werden. Alleinerziehende sollen sich kennenlernen. Sie sollen sich gegenseitig unterstützen. Nichts ist einfacher, als wenn man noch eine Freundin oder eine Bekanntschaft hat, wo man sich gegenseitig unterstützen kann und das dann auch relativ unproblematisch abläuft.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das sind zum Beispiel Themen, die von den Beratungsstellen und den angeboten werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Um uns besser zu sehen und kennen zu lernen, haben wir unfassbar viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Meine Präsentation ist etwas umfangreicher, damit Sie im Nachhinein noch mal nachlesen können, was wir alles in den letzten Jahren geleistet und gemacht haben und Sie noch etwas mehr Informationen haben. Ich bekomme das in fünf Minuten nicht alles unter.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zur Landeskoordinierung erst mal nur ganz kurz: Frau Klamann und ich als Landeskoordinierung sind die Schnittstelle zur SenASGIVA, das heißt, zwischen Senatsverwaltung und den Beraterinnen und Beratern und den Koordinierenden. Wir sitzen dazwischen. Wir bündeln die Themen. Wir führen alle zusammen. Wir sorgen dafür, dass es einen Austausch gibt, dass alle erfahren: Was ist in den anderen Bezirken los? Was machen andere Bezirke? Was läuft gut? Was läuft weniger gut? Wo können wir ansetzen? Dieser Austausch ist unfassbar wichtig. Wir machen Workshops für die Koordinierenden und Alleinerziehenden und sorgen dafür, dass sie Fortbildungen bekommen, dass damit auch Qualität gesichert ist. Wir bieten natürlich auch

die fachliche Begleitung im Einzelnen an. Wir arbeiten auch viel auf der Landesebene, so wie zum Beispiel heute dieser Termin.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben uns natürlich Gedanken gemacht und überlegt: Was sind die Punkte, über die wir gern mit Ihnen sprechen würden, die zukünftig für uns wichtig sind? Wenn jetzt die Zeit nicht mehr reicht, würde ich das nach hinten schieben, oder ich mache weiter. Ich frage einfach mal.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Sie müssen sich schon etwas kurz fassen, es sind jetzt schon siebeneinhalb Minuten, aber die beiden anderen vorher waren bei einer ähnlichen zeitlichen Komponente. Deshalb will ich jetzt nicht ganz so stringent unterbrechen, aber kommen Sie jetzt bitte langsam zum Schluss.

Anett Dubsky (Landeskoordinierung Alleinerziehende Berlin): Es ist auch schwierig. Das Landesprogramm gibt es seit acht Jahren. Da ist so viel passiert. – Das Wichtigste, das ich noch rüberbringen will, ist: Es sind jetzt acht Jahre Landesprogramm. Wir haben, wie gesagt, unfassbar viel geleistet. Es arbeiten sehr viele Menschen daran. Umso wichtiger ist es, dass dieses Programm weiter gestärkt und finanziell abgesichert wird. Wenn wir jetzt mal auf die Zielgruppe der Alleinerziehenden schauen, haben wir gesagt: Das Allerwichtigste ist Entlastung, und das betrifft ganz viele Ebenen. Dabei sehen wir immer die Kinder, deswegen auch der Blick auf die Kleinfamilie. Dazu gehört das Kind, also das Kindeswohl.

Angesprochen wurde das Wohnen. Wohnen ist ein ganz wichtiges Thema. Wir brauchen den Schutz vor Wohnraumverlust. Da muss es bessere Zugänge geben, bessere Hilfemöglichkeiten, Zugang zu bezahlbarem Wohnraum. Ich fand im CDU-Papier diesen Begriff „verbindliche Kontingente Wohnraum zur Verfügung zu stellen“ unfassbar wichtig. Den brauchen wir, gerade wenn wir über Trennung sprechen, wenn Trennung passieren muss. Wohngeld muss entbürokratisiert werden. Die Bearbeitungszeiten müssen deutlich heruntergeschraubt werden. Ganz wichtig: Wohngemeinschaften sind das neue Leben in der Berliner Stadt. Wir brauchen dabei den Erhalt der Steuerklasse 2.

Ausbau flexibler Kinderbetreuung: Auch hier noch mal ein Dankeschön. Das bieten wir in vier Bezirken schon an. Wir können da wunderbar Beispiele geben. Wenn Sie dieses Thema für die nächsten Jahre aufnehmen und finanziell unterfüttern, können wir Ihnen wunderbare Beispiele bringen, wie das funktionieren kann. Wir sind gern bereit, beim Aufbau in den Bezirken zu helfen.

Steuerentlastung ist noch ein Thema, sowie gute Arbeit, gute Bezahlung, bessere Vereinbarkeit. Gerade im Hinblick auf die veränderte wirtschaftliche Situation wäre es wunderbar, wenn Wirtschaftsunternehmen in Berlin mehr in dieses Thema eingebunden werden. Wir haben im letzten Jahr und auch in diesem Jahr einen speziellen berlinweiten Fachtag dazu. Zum Unterhalt gebe ich gleich ab. Dazu brauche ich nicht weiter etwas sagen. – Wir haben Gesundheitsziele entwickelt mit der Landesgesundheitskonferenz Berlin-Brandenburg. Die sind bestätigt, durchgewunken, in die Bezirke gegangen, aber ohne finanzielle Ausstattung. Um sie umzusetzen und damit auch einen besseren Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten für Alleinerziehende anbieten zu können, wäre eine finanzielle Unterstützung oder Förderung

natürlich wünschenswert, denn wenn sie nicht da ist, tun sich Bezirke natürlich schwer, da sie selbst schauen müssen, wo sie finanziell bleiben. – Bildung und Teilhabe – BuT –, unfassbar bürokratisch, und die letzten Punkte machen wir nachher.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Liebe Frau Dubsky, ich muss Sie doch ein bisschen zügeln. Ich gehe davon aus, dass Sie uns die Präsentation zur Verfügung stellen beziehungsweise zur Verfügung gestellt haben. Daher kann man da auf jeden Fall sehr gut noch mal nachlesen. Vielen herzlichen Dank Ihnen! – Wir machen weiter mit Frau Keller.

Delia Keller (Initiative „Kindergeld für alle Kinder! Keine Abzüge für Kinder Alleinerziehender!“; Fair für Kinder e. V., Vorstandsmitglied): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, heute hier zu sprechen! Ich bin Vorstandsmitglied des ehrenamtlich geführten Vereins Fair für Kinder, Initiatorin der Petition und Initiative „Kindergeld für alle Kinder! Keine Abzüge für Kinder Alleinerziehender!“ und selbst seit über zwölf Jahren alleinerziehend. Meine Kinder sind jetzt 14 und 16.

Berlin ist die Stadt der Alleinerziehenden. Die Themen, die Alleinerziehende strukturell benachteiligten, sind zahlreich und miteinander verknüpft. Ich möchte heute über Gewalt nach Trennungen, über strukturelle Benachteiligungen im Alltag und über eine Form von Gewalt sprechen, die für viele Familien existenziell ist, die finanzielle Gewalt. Diese Gewaltformen greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig im Familienrecht, im Unterhaltssystem und in der Lebensrealität von Alleinerziehenden in Berlin.

Zur Nachtrennungsgewalt: Internationale Berichte und Studien zeigen seit Jahren gravierende Defizite im Schutz von Frauen und Kindern in familiengerichtlichen Verfahren. Die UN-Sonderberichterstatterin Reem Alsalem kritisiert, dass Gewalt systematisch relativiert wird und Mütter, die sie benennen, als konflikttreibend gelten mit dem Risiko, Sorge- oder Umgangsrechte zu verlieren. Studien, unter anderem von Dr. Wolfgang Hammer, belegen, Gewaltvorwürfe werden unzureichend aufgeklärt, Aussagen von Kindern und Müttern abgewertet und widerlegte Konzepte und nicht haltbare Narrative aus väterrechtlichen Lobbydiskursen wie dem PAS – Parental-Alienation-Syndrom – beeinflussen weiterhin Gutachten und Entscheidungen. Diese Praxis erleben wir auch an Berliner Familiengerichten, etwa durch erzwungenen Umgang nach Gewalterfahrung und die Anordnung von 50:50-Wechselmodellen gegen den Willen der Hauptbezugsperson. So wird Nachtrennungsgewalt institutionell fortgesetzt. Diese Praxis verletzt Verfassungs- und Menschenrechte und erzeugt ein Klima der Angst, indem Betroffene Gewalt nicht mehr benennen.

Unsere Forderungen für Berlin: Eine unabhängige anonyme Meldestelle zu familiengerichtlichen Verfahren und eine systematische Auswertung zur Aufdeckung struktureller Probleme, verbindliche Umsetzung der Istanbul-Konvention, Pflichtfortbildungen für Justizgutachterinnen und Justizgutachter und Jugendämter und vor allem kein erzwungener Umgang gegen den Willen gewaltbetroffener Mütter und Kinder.

Zweiter Punkt, Arbeit: Alleinerziehende arbeiten mehr als Mütter in Paarfamilien, Sie hatten es schon gesagt, sind aber mit über 41 Prozent dennoch die Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Armutsrisiko. Sie arbeiten besonders häufig unterhalb ihrer Qualifikation und in schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen. Berlin ist nicht nur die Hauptstadt der Al-

leinerziehenden, sondern auch die Stadt mit einem hohen Anteil an Freiberuflerinnen und Freiberuflern. Aus unserem Netzwerk wissen wir, dass sich insbesondere Alleinerziehende oft für eine Freiberuflichkeit entscheiden müssen, weil die Rahmenbedingungen vieler Stellen nicht ausreichen, nicht familien- und erst recht nicht alleinerziehendenfreundlich sind. Das zwingt viele Alleinerziehende in eine oft prekäre Selbstständigkeit. Das löst für viele kurzfristig ein Problem, bringt aber neben einer extrem hohen sozialen Unsicherheit wie schwankende Auftragslage, schlechtem Schutz bei Krankheit und so weiter eine zeitliche Verlagerung von Armut mit sich. Die Selbstständigkeit reicht in vielen Fällen nicht aus, um ausreichend fürs Alter vorzusorgen. Hinzu kommt, dass es in der Selbstständigkeit einen besonders hohen Gender-Pay-Gap gibt. Die Einkommen selbstständiger Frauen liegen im Schnitt bis zu 44 Prozent unter denen von Männern. Das zeigt sich exemplarisch auch hier in Berlin in der Kunst: Daten der Künstlersozialkasse aus dem letzten Jahr weisen dort aktuell einen Gender-Pay-Gap von rund 32 Prozent aus.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, dem Unterhaltsvorschussgesetz. Ein zentraler Treiber der prekären Lage vieler Alleinerziehender ist ausbleibender Unterhalt. Zahlt der unterhaltspflichtige Elternteil keinen Unterhalt, können Alleinerziehende zwar den Unterhaltsvorschuss beantragen, doch seit einer Sparmaßnahme aus dem Jahr 2008 wird bei diesem das komplette Kindergeld auf den Vorschuss angerechnet, ungleich zum zivilen Unterhaltsrecht, wo nur das hälftige Kindergeld auf den Unterhalt angerechnet wird. Das hat zur Folge, dass eine Mutter mit zwei Kindern im Vergleich zum Mindestunterhalt nach Düsseldorfer Tabelle über 3 100 Euro pro Jahr weniger zur Verfügung hat, netto wohlgemerkt. Hinzu kommt, dass der Anspruch auf Unterhaltsvorschuss mit dem 18. Lebensjahr endet, obwohl die gesetzliche Unterhaltspflicht bis zum Abschluss der ersten Ausbildung besteht. Kurz: Alleinerziehende werden dafür abgestraft, dass der unterhaltspflichtige Elternteil keinen Unterhalt zahlt.

Die Fakten noch mal in Kürze: 50 Prozent der Alleinerziehenden erhalten gar keinen Unterhalt, 25 Prozent bekommen zu wenig, und nur 25 Prozent der Alleinerziehenden erhalten den Unterhalt, der ihnen zusteht. Unterhaltspflichtige, – in Klammern – mehrheitlich Väter, bleiben meist unbehelligt. Von den 3,2 Milliarden Euro Vorschuss wurden 2024 nur 17 Prozent zurückgeholt, obwohl das Familienministerium davon ausgeht, dass über 50 Prozent der Unterhaltspflichtigen zahlungsfähig wären. Auch Berlin bleibt beim Unterhaltsvorschuss auf massiven Kosten sitzen. 2023 konnten lediglich 15,8 Prozent der ausgezahlten Leistungen von unterhaltspflichtigen Elternteilen, meist Vätern, zurückgeholt werden. Rund 80 Millionen Euro an Unterhaltsvorschussschulden trägt das Land Berlin. Diese Zahlen zeigen: Das derzeitige System funktioniert nicht.

Die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes, insbesondere der hälftigen Anrechnung des Kindergeldes, ist im Koalitionsvertrag verankert. Das ist das Ergebnis anhaltenden zivilgesellschaftlichen Drucks, insbesondere durch unsere Initiative „Kindergeld für alle Kinder!“. Damit ist ein wichtiger politischer Zwischenschritt erreicht. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, zunächst die Rückgriffquoten zu erhöhen und erst in einem zweiten Schritt das Kindergeld nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen. Bleibt diese Koppelung bestehen, kommen wir nicht voran. Gerade Berlin zeigt, dass der Rückgriff unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht verlässlich funktioniert. Die Jugendämter sind überlastet, und die Rückgriffquote blieb in den vergangenen Jahren unter dem des Bundesdurchschnitts. Kinder dürfen aber nicht davon abhängig sein, ob ein überlas-

tetes Verwaltungssystem irgendwann effizienter wird. Unsere Kinder leben jetzt und können nicht länger warten.

Berlin kann und sollte daher auf Bundesebene die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes vorantreiben und zugleich eine Neuorganisation des Rückgriffs anstoßen. Konkret schlagen wir die Einrichtung einer bundesweiten Inkassostelle nach dem Modell des BAföG-Amtes sowie die Verlängerung der Verjährungsfrist für Unterhaltsvorschussschulden von drei auf 20 Jahre vor, damit Unterhaltspflicht verbindlich durchgesetzt werden kann. Gleichzeitig muss gelten: Das Kindergeld wird nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet, und der Unterhaltsvorschuss wird bis zum Ende der ersten Ausbildung gewährt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Keller! – Dann haben wir nun die Möglichkeit, die einzelnen Wortmeldungen im Rahmen der Beratung aufzurufen. Wir beginnen mit Frau Schedlich. – Bitte sehr!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für die sehr spannenden Ausführungen! Ich habe einige Fragen sowohl an Sie als auch an den Senat. Ich würde direkt einsteigen mit den Auszubildenden, die Frau Günther-Wünsch auch erwähnt hatte. Sie hatten eben schon gesagt, dass man für alleinerziehende Auszubildende mehr Flexibilität und andere Wege schaffen muss. Haben Sie da schon konkretere Vorstellungen, wie das aussehen könnte? Geht es da um die Ermöglichung von Teilzeitausbildungen, oder stehen noch andere Dinge im Raum? Falls sonst noch jemand eine Meinung dazu hat, freue ich mich, auch diese zu hören.

Wir haben einige strukturelle Hürden schon gehört. Gibt es denn bei der regionalen Versorgung mit Unterstützungsangeboten Unterschiede? Das ist vielleicht etwas, das der Senat beantworten könnte. Ist das in den Bezirken und Kiezen – Sie hatten erwähnt, dass es besonders kinderstarke Bezirke gibt – an die Kinder- und Bedarfszahlen angepasst? Wie ist hier die aktuellste Datenlage, also Bedarfe, Inanspruchnahme dieser Unterstützungsangebote und personelle Auslastung? Wo geht das wie zusammen?

Dann würde mich interessieren – ich habe eine Vermutung, wie die Antwort auf die Frage lautet –, wie in Berlin die Randzeitenbetreuungsversorgung mit den tatsächlichen Arbeitszeiten von Alleinerziehenden zusammenpasst und ob es da vielleicht auch aus den Reihen der Anzuhörenden konkrete Ideen oder Forderungen gibt, wie man diese Betreuungslage besser aufstellen müsste.

Zuletzt hätte ich noch eine Frage zu der psychosozialen Belastungssituation, die für alle Beteiligten wahrscheinlich, aber natürlich vor allem auch für Kinder und häufig Mütter entstehen. Es ist fantastisch, dass es niedrigschwellige Beratungsangebote gibt. Ich habe auch schon herausgehört, dass diese häufig ausgelastet sind und sehr viel in Anspruch genommen werden. Würden Sie denn sagen, sie sind bekannt genug? Wissen bei Familien, bei denen vielleicht plötzlich Problemlagen aufkommen, alle Bescheid, wohin sie sich wenden können, und falls nicht, wie könnte man diese Bekanntheit noch steigern? – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank an die Anzuhörenden für die sehr interessanten Ausführungen! Ich glaube, da sind ein paar Handlungsaufträge für uns enthalten. Noch einige Fragen, erst mal an die Anzuhörenden: Bei der hohen psychischen Belastung für Kinder, wie schätzen Sie die psychosozialen Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten im Land Berlin und in den Bezirken ein? Sind sie ausreichend? Daran anschließend: Sehen Sie denn, dass die Unterstützung durch die Jugendämter ausreichend ist, oder muss es hier eine Veränderung geben? Wenn ja, wie könnten Sie sich diese vorstellen?

Jetzt habe ich diverse Fragen an den Senat. Auf den Beitrag von Frau Dubsky eingehend, wie wird denn der Senat auf die geschilderten Handlungsbedarfe reagieren? Haben Sie da schon Pläne? Frau Keller hat eine Meldestelle gefordert. Wie sehen Sie das? Würden Sie sich dem anschließen, und wenn ja, handeln Sie da? Dann eine wahrscheinlich ganz profane Frage: Im Wechselmodell zählen beide Elternteile als alleinerziehend. Ist das eigentlich auch so bei der Aufteilung von 30:70 beispielsweise? Können Sie dazu eine Auskunft geben, wenn zum Beispiel ein Elternteil – in Führungsstrichen – nur die Wochenendbetreuung übernimmt? Dann: Wieso wurden im ursprünglichen Haushaltsentwurf 2026/2027 die Mittel für MoKiS – Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten – zum wiederholten Mal gestrichen? Was hat Sie eigentlich zum Umdenken bewogen? Wie bewerten Sie prinzipiell die Arbeit von MoKiS? – Meine Vorrednerin hat schon darauf hingewiesen: Wie bewerten Sie die Kinderbetreuung in Randzeiten bei Alleinerziehenden? Offensichtlich ist sie unzureichend. Welche Möglichkeiten sehen Sie hier, das zu verändern? – Wie stehen Sie denn zur Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir weiter mit Herrn Simon. – Bitte sehr!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich darf mich im Namen der CDU-Fraktion bei allen Anzuhörenden ganz herzlich bedanken für die Eingangsstellungnahmen, die Sie abgegeben haben. Ich hatte den Eindruck, jedenfalls bei Frau Dubsky wurde es ganz deutlich, dass sie uns gern noch mehr mitgegeben hätte. Wenn jemand von Ihnen uns gern noch etwas mitgeben möchte, was Sie für wichtig halten, dass das doch noch hier platziert werden sollte, dann freue ich mich, wenn Sie die Gelegenheit in der Antwortrunde ergreifen und uns das mitteilen.

Es muss ein ganz wichtiger Fokus von uns sein zu versuchen, die Belastungssituation zu reduzieren. Das ist auch von Ihnen genannt worden. Die letzte Pandemie wird von uns inzwischen oft verdrängt, aber die Belastungssituation für Kinder war damals extrem, jedenfalls wie das bei uns in Deutschland gehandhabt worden ist. In anderen Ländern ist es vermutlich deutlich besser gehandhabt worden, nicht in allen, aber in einigen. Die Belastungssituation für Alleinerziehende muss auch noch mal um ein Vielfaches höher gewesen sein als bei Paarsituationen. Wenn Sie dazu vielleicht noch ein paar Dinge ergänzen könnten, wäre ich sehr dankbar.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir weiter mit Herrn Kurt.

Taylan Kurt (GRÜNE): Vielen Dank auch meinerseits! Ich hätte drei bis vier Fragen. Erstens an den Senat, noch mal im Hinblick auf das Thema Unterhaltsvorschuss: Auf Landes- wie auf Bundesebene regieren dieselben Parteifarben. Wollen Sie dazu als Senat gegenüber

der Bundesregierung initiativ werden? Wir haben jetzt auch gehört, wie die Situation hier in der Stadt ist.

Zweiter Punkt: Wie sieht es in Ihrem Haus in Bezug auf die Beschäftigung von Alleinerziehenden aus? Können Sie dazu etwas sagen? Geht das Land Berlin auch als Vorbild voran, um Alleinerziehende, es betrifft meistens Frauen, stärker einzustellen?

Die dritte Frage, die ich an die Anzuhörenden hätte: Können Sie etwas zum Thema Einsamkeit und zum Thema Altersarmut ausführen? Wir haben das Problem in Berlin, dass gerade die Altersarmut massiv steigt. Wir schauen immer auf die Kinder- und Jugendarmut, das ist auch wichtig, aber gerade die Altersarmut ist eine Folge, die in den Kiezen massiv zunimmt und eine Frauenarmut ist. Wie schätzen Sie das ein? Können Sie noch etwas dazu ausführen, wie sich der Bereich abbildet und was die Frauen an Unterstützung bräuchten, um nicht in Altersarmut zu landen? – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir weiter mit Herrn Freier-Winterwerb.

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Auch ich bedanke mich für die großartigen Beiträge, die zum Denken und natürlich auch zum Handeln anregen. Mich beschäftigen einige Themen, das Thema Zeitarbeit und ganz viele Aufgaben, die parallel laufen, unterschiedliche Hilfesysteme, die wir ja schon schwer sprachlich fassen können, weil sie so komplex sind, und dann das Antragsverfahren und so weiter und so fort. Das sind Punkte, die jemanden überfordern, und wenn man sich nicht damit auseinandersetzt und sowieso in Zeitnot ist, überfordert einen das gleich doppelt und dreifach. Für mich ist die Frage, ob Sie vielleicht eine kluge Idee haben, beziehungsweise ob Sie auch zu der Auffassung kommen, dass es nicht an der Menge an Hilfsangeboten liegt, sondern an der Komplexität und dass wir momentan nicht Hilfe aus einer Hand garantieren können, was aber total hilfreich wäre, um Alleinerziehende zu entlasten.

Das zweite Thema ist: Sie haben schon gesagt, was für eine wichtige und wesentliche Arbeit Erziehungs- und Familienberatungsstellen leisten. Das teile ich auch. Jetzt kann man ungefähr ausrechnen, wie viele Menschen durch jemanden, der bei Ihnen arbeitet, betreut werden können. Was ist denn das Potenzial? Was brauchen Sie, um den Menschen, die zu Ihnen kommen, vernünftig dienen zu können? Dann vielleicht eine relativ offene Frage: Wenn Sie für einen Tag Senatorin und Parlament in einem wären, was wären die drei Dinge, die Sie entscheiden würden, die man für Alleinerziehende machen soll?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir machen weiter mit Herrn Tabor.

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank auch noch mal von mir an die Anzuhörenden! Frau Kittler hat tatsächlich schon einige Fragen zum Bereich MoKiS abgeräumt. Ich habe allerdings noch eine Frage an Frau Dubsky. Inwiefern bietet MoKiS – wir bleiben in dem Bereich – aus Ihrer Sicht in ausreichendem oder unzureichendem Umfang Plätze? Darüber hinaus hatten Sie vorhin in Ihrem Vortrag bezahlbaren Wohnraum, verbindliche Kontingente, erwähnt. Wie genau stellen Sie sich das bei der Wohnsituation vor, die wir in Berlin leider haben, damit sich da in absehbarer Zeit vielleicht etwas verbessert?

Eine Frage an Frau Dr. Ringel und Frau Dubsky: Wie zugänglich sind aus Ihrer Sicht Angebote nach § 20 SGB VIII zur Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen?

Frau Keller hat meines Erachtens sehr umfänglich zum Bereich Unterhaltsvorschuss ausgeführt. Von daher sind meine Fragen weggefallen.

Allerdings noch eine Frage an den Senat: Das Projekt Arbeitsgemeinschaft Landesweites Forderungsmanagement Unterhaltsvorschuss – AG LFU – wurde im September 2025 abgeschlossen. Ein Abschlussbericht sollte dementsprechend folgen. Liegt dieser Bericht vor, und was ist das Ergebnis? Gibt es da schon etwas zu erzählen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann ist auf der Redeliste bei mir zum Schluss Frau Burkert-Eulitz. – Bitte sehr!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Entschuldigung, dass ich Ihren Ausführungen bisher nicht folgen konnte! – Ich hätte zu Ihrer Definition von alleinerziehend, das ist jedenfalls in meinem Alltag eine sehr breite Bandbreite, gern gehört, welche Konstellationen Sie darunter verstehen, die vom Unterhaltsvorschussgesetz oder irgendwelche anderen Definitionen. Es gibt auch alleinerziehende Menschen, die tatsächlich ganz allein sind, die keine Netzwerke haben, keine Großeltern oder irgendetwas anderes um sich herum. Wie erleben Sie vor allem deren Situation? Da gibt es oft noch andere Problemlagen, gerade auch in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen. Gibt es eine Häufung von hochkonflikthaften Trennungssituationen, gerade auch Elternkonstellationen? Ich habe da nur eine eingeschränkte Wahrnehmung.

Mich würde auch in Richtung Senat die Frage zum Unterhaltsvorschuss und wie man ihn eintreibt interessieren. Ich habe am Anfang in der Verwaltungsstation meines Referendariats Akten prüfen dürfen, wo ein Beamter die Sicherung von Ansprüchen der Verwaltung über mehrere Jahre nicht gemacht hat. Wenn man da keinen Titel schafft, den man 30 Jahre vollstrecken kann, dann werden ganz viele Gelder – – Aus dem Medizinstudenten wird auch mal ein wohlhabender Mediziner, von dem man vielleicht den Unterhalt eintreiben könnte. Was ist die Conclusio aus dem, was Herr Tabor gefragt hat? Gibt es da schon Umsetzungen? Wie handhaben die Bezirke das? Gibt es dazu eine Verwaltungsvorschrift, die man abhandelt, damit man Ansprüche für das Land sichert?

Die andere Frage ist, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Bereich Alleinerziehende Gesundheit/Soziales mit dem Bereich Kinder- und Jugendhilfe funktioniert. Da gibt es verschiedene Zuständigkeiten. Wird das im Zuge der Verwaltungsreform zusammengeführt? Alleinerziehend ist für mich auch ein Familienteil. Ist dieser im Hause SenBJF doch besser aufgehoben? Gibt es da Bewegungen? Ich kann mich erinnern, dass das schon seit längerer Zeit unterschiedlich diskutiert wird, weil vielleicht durch eine andere Brille geblickt wird. – Das wäre meine Fragen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Bevor wir dann zur Beantwortung der Fragen durch unsere Anzuhörenden kommen, darf ich erst mal Frau Schefels und Herrn Titt von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie herzlich begrüßen. Ich schlage vor, wir starten mit Frau Arukaslan und Frau Dr. Ringel, und dann gehen wir wieder entsprechend so fort. – Bitte sehr!

Berlin Arukaslan (LAG Berlin e. V.): Vielen Dank für die Fragen! – Frau Burkert-Eulitz, Sie sind ein bisschen später dazugekommen. Wir haben den Begriff so definiert, dass alleinerzie-

hend jeder ist, der ohne Partner mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren zusammenlebt. Das war die Ausgangslage. Es sind mehrere Fragen gestellt worden. Wir haben versucht, es untereinander ein bisschen aufzuteilen, wer auf welche Fragen Antworten gibt.

Die psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt ist gerade ein sehr schwieriges Thema, weil wir viele Eltern haben, die sehr auffällige Kinder haben oder mit Verhaltensauffälligkeiten in der Schule, im Kindergarten konfrontiert sind. Da reicht in manchen Fällen die Erziehungs- und Familienberatung nicht. Das ist ein gesundheitlicher Aspekt, und die Versorgung von Kindern und Jugendlichen im kinder- und jugendpsychiatrischen Bereich ist ein Desaster. Das bekommen wir von den Eltern, von den Familien zurückgemeldet. Es gibt da eine Versorgungslücke. Es gibt sehr lange Wartezeiten. Das sind die Rückmeldungen, die wir von den Familien haben. Das gehört aber, glaube ich, in den Gesundheitsausschuss und nicht hierher. Das mit der Kassenärztlichen Vereinigung – KV – ist in Berlin wirklich ein Drama, insgesamt die psychosoziale Versorgung. Auf Therapieplätze muss man sehr lange warten. Durchschnittlich mindestens sechs Monate bis zwei Jahre ist die Regel für einen Therapieplatz, für eine Versorgung. Wenn man sich den rechtlichen Anspruch der Kinder seit 2022 anguckt, dass sie ein Recht auf Beratung haben, ist das natürlich auch für die EFBs manchmal eine Herausforderung, Kinder und Jugendliche auch wirklich zeitnah zu versorgen, wenn andere Systeme auch nicht gut funktionieren. Dann bleiben wenige Systeme, und die sind dann teilweise überlastet. Das haben wir schon erwähnt.

Zum Thema Einsamkeit: Es gab vor ein paar Tagen einen Artikel in der Zeit über das Thema Einsamkeit unter Kindern und Jugendlichen von 13 bis 27 Jahren. Es gab im Bezirk Reinickendorf einen dritten Gipfel. Es ist schon traurig, dass dieses Thema zu Kongressen führen muss, dass Kinder und Jugendliche sich so einsam fühlen, dass sie keine Ziele und Vorstellungen haben. Die Begründungen sind häufig auch auf die Folgen der Pandemie zurückzuführen, aber auch auf die insgesamt belastete Situation, die gesellschaftspolitisch überall von der Stimmung her zu sehen ist.

Was brauchen wir? – Wir brauchen Handlungssicherheit, indem wir weiter finanziert werden, indem auch unsere Netzwerkpartner finanziert werden. Für die EFBs würde ich sagen: Wir haben eine gute Struktur, eine gute finanzielle Basis, aber wenn wir bei differenzierter Beratung für Alleinerziehende nicht auf Netzwerke verweisen können, weil diese gestrichen werden oder nicht genügend Personal zur Verfügung haben, dann wird es natürlich schwierig. Ein kurzes Fallbeispiel: Ich habe eine junge Mutter in der Beratung gehabt, die in Berlin keine Familienangehörigen und nirgendwo ein privates soziales Netzwerk hat. Sie musste plötzlich ins Krankenhaus, und ihre dreieinhalb Jahre alte Tochter war unversorgt. Die Familie aus der Kita, mit der sie sich manchmal gegenseitig die Kinderbetreuung gewährleistet hatte, war im Urlaub. Das war wirklich eine ganz schwierige Sache, dieser Frau zu helfen, über die Krankenkasse eine Hilfe oder so kurzfristig einen Platz für dieses Kind zu bekommen, damit dieses Kind in eine Kurzzeitpflege kommen und diese Frau diese Not-OP machen lassen konnte, die Nachsorge mal dahingestellt. Es ist also für ganz Alleinerziehende manchmal wirklich sehr schwer.

Zur Altersarmut, von der Frauen sehr stark betroffen sind, haben wir vorhin etwas gehört. Alleinerziehende sind finanziell schlechter dran, und wenn sie sehr viele Abgaben haben, arbeiten sie aufgrund der Betreuung der Kinder in der Regel weniger. Das bedeutet, dass sie auch weniger in die Rentenkasse einzahlen, und das Ende vom Lied ist, dass es dann auch

weniger Rente gibt. Bald gibt es wahrscheinlich für alle, die arbeiten, gar keine Rente mehr, aber das ist die Richtung.

Dr. Nadja Ringel (BA Marzahn-Hellersdorf): Ich versuche, ein bisschen abzuarbeiten, was ich hier habe. Eine Frage war zu regionalen Unterschieden oder höheren Bedarfen. – Ja, das ist so. In Marzahn-Hellersdorf zum Beispiel – dafür kann ich jetzt nur sprechen – sind die Anfragen für die Themen Trennung, Scheidung, Umgang bei 70 Prozent und nicht bei 40 Prozent. Das heißt, wir haben natürlich bei dem Thema Trennung, Scheidung, Umgang viel höhere Bedarfe, sind dadurch im Bezirk viel stärker in Netzwerken verankert als in anderen Bezirken und haben neben den ganzen präventiven Gruppen zusammen mit dem Alleinerziehendennetzwerk, dem Familienservicebüro und den freien Erziehungs- und Familienberatungen auch einen Elterninformationsabend entwickelt. Wir vernetzen uns also viel stärker, weil der Bedarf in Marzahn-Hellersdorf so hoch ist.

Zu den psychischen Belastungen bei Alleinerziehenden: Das ist jetzt schon angeschnitten worden, auch von Herrn Freier-Winterwerb. Das kann man vielleicht ein bisschen verbinden. Das Problem ist, dass kaum Zeit besteht, etwas aufzusuchen. Das stimmt. Es ist ganz schwierig, mit alleinerziehenden Müttern Termine zu finden oder auch mit alleinerziehenden Vätern. Ich will das jetzt gar nicht so sehr auf Personen – – Da ist eine gute Vernetzung und Bekanntgabe total wichtig. Wenn ich meinen Bezirk anschau, hat das Familienservicebüro unheimlich viel geholfen, und auch das Alleinerziehendennetzwerk, die gezielt Alleinerziehende weiterleiten und damit auch relativ früh dran sind. In die Erziehungs- und Familienberatungen kommen Alleinerziehende oft sehr spät und schon in einer hochstrittigen Situation. Ich hätte ganz oft gern, dass sie viel früher kämen, weil man natürlich viel besser arbeiten kann, wenn sie nicht so hochkonflikthaft sind. Das ist schon eine Situation, die da ist.

Die Versorgung für diese Alleinerziehenden ist natürlich schwierig. Wenn eine psychische Belastung zu einem Klinikaufenthalt in der Psychiatrie führen würde, ist das gar nicht möglich. Sie schwanken immer sehr: Ich muss für meine Kinder da sein –, und verlieren sich da sehr aus dem Blick. Gleichzeitig können sie Angebote, die sie nutzen könnten, um sich zu stabilisieren, wenig wahrnehmen. In diesem Spannungsfeld bewegt man sich.

Ein Netzwerk ist extrem wichtig in diesem Bereich. Das will ich noch einmal betonen. Wir müssen genau wissen, wer welche Aufgaben übernimmt. Wir übernehmen zum Beispiel keine praktische Hilfe. Wir machen keine Schuldnerberatung oder Wohnungssuche, sondern wir beraten bei psychosozialen Themen. Das ist ganz klar.

Was brauchen wir? – Da kann ich mich nur Frau Arukaslan anschließen. Wir brauchen ein gutes Netzwerk. Das Jugendamt schickt bei Trennung und Scheidung aufgrund der schlechten personellen Besetzung immer zur Erziehungs- und Familienberatung. Wenn das Wort fällt, wird sofort weitergeleitet. Damit wachsen natürlich die Anfragen bei uns.

Dann war noch die Frage: Was würden Sie tun, wenn Sie Senatorin wären, drei Sachen? – Darüber möchte ich gern noch mal nachdenken, ehrlich gesagt. Leider haben wir dann trotzdem nicht unendlich viel Geld. Ich würde gern noch mal einen Moment darüber nachdenken und abgeben.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir weiter mit Frau Dubsky. – Bitte sehr!

Anett Dubsky (Landeskoordinierung Alleinerziehende Berlin): Okay, dann arbeite ich auch mal ab. – Es gibt sehr wohl in den Bezirken Unterschiede, auch in der Ausstattung. Die Bezirke haben teilweise eigene Hoheiten, wo sie bestimmte Gelder einsetzen und welche Strukturen mehr und welche weniger gefördert werden. Das macht es teilweise ein bisschen kompliziert, sodass man die Bezirke auch nicht übereinanderlegen kann, so zum Beispiel beim Landesprogramm, das relativ offen gestaltet ist, dass anhand der Rahmenbedingungen, wie sie in den Bezirken vorhanden sind, die Netzwerke gestaltet sind. Das betrifft aber auch berlinweite Projekte. Es gibt zum Beispiel die Beratungsstellen zu Fragen der Gewalt, und die gibt es nicht in allen Bezirken. In Lichtenberg zum Beispiel fehlt eine solche Beratungsstelle. Dann greift man auf die Strukturen und Angebote der naheliegenden Nachbarbezirke zurück.

Ergänzende Kinderbetreuung MoKiS: Das ist ein ganz schwieriges Thema. In den letzten Jahren war es so, dass es eine sehr hohe Nachfrage gab, die durch MoKiS einfach nicht gedeckt werden konnte. Wir glauben, dass es daran lag, dass es ein zentraler Ort in Berlin war und es schwierig war, diese weiten Wege hinzunehmen. Es gab große Hürden oder hohe Auflagen, um am Ende die Kinder betreuen zu können. Es war schwierig. Es gab einen hohen Betreuungsbedarf, der gemeldet wurde, aber es gab zu wenig Personen, die gefunden werden konnten, um die Betreuung umzusetzen. Wie das zukünftig laufen wird, wenn das dann wieder an den Bezirksämtern andockt wird, kann ich nicht einschätzen. Manchmal denken wir, es kann nur besser werden. Wir schauen mal. Wenn es wieder auf bezirklicher Ebene ist, sind die Wege auf alle Fälle wieder etwas einfacher; kurze Wege. Vielleicht klappt es dann ein bisschen besser.

Die Belastungssituation Alleinerziehender in der Pandemie war außerordentlich schwierig. Es fing schon damit an, dass teilweise die Kinderbetreuung nicht mehr da war und Alleinerziehende zu Hause bleiben mussten. Das betraf auch Berufsgruppen, bei denen man hätte zur Arbeit kommen müssen. Nicht alle können im Homeoffice arbeiten, aber selbst Homeoffice mit kleineren oder auch größeren Kindern die ganze Zeit zu Hause, vielleicht noch auf beengtem Wohnraum, hat sicherlich nicht nur Alleinerziehende manchmal an die Grenzen gebracht, wie man den Alltag gut bestreiten kann. Was aber dazugekommen ist, was wir festgestellt haben, ist, dass es gerade bei Alleinerziehenden in der Zeit sehr wohl einen erhöhten Verlust an Arbeitsplätzen gab, also dass man den Arbeitsplatz wirklich verloren hat. Dazu kam auch, dass die Kosten im Alltag gestiegen sind, wenn Kinderbetreuung nicht genutzt werden konnte oder Kinder zu Hause waren, weil die Schulspeisung oder Kitaspeisung weggefallen ist. Das waren Kosten, die man kompensieren musste. Man musste also zusätzlich noch für eine warme Mahlzeit sorgen. Schulsachen mussten von zu Hause anders aufgearbeitet werden. Es gab diese Onlinekonstruktionen, wo zum Beispiel teilweise Tablets nicht vorhanden waren. Es gab viele Hürden, was es Alleinerziehenden nicht ermöglicht hat, in dieser neuen Alltagssituation gut zurechtzukommen, und am Ende auch psychische Belastungen, auch die Belastung, selbst krank zu werden: Ich werde krank, ich muss vielleicht ins Krankenhaus. Wie gehe ich damit um? –, Ängste, die entstanden sind, auch Angststörungen, die bis heute bei Kindern oder teilweise bei Alleinerziehenden noch vorhanden sind, und damit einhergehend die nicht so gute nachfolgende psychologische Betreuungsmöglichkeit für Kinder, aber auch für Erwachsene, und da will ich gar nicht nur die Alleinerziehenden ansprechen.

Ist es personaltechnisch in den Ämtern ausreichend? Gibt es genug Angebote? – Ich würde sagen: Nicht überall, wahrscheinlich in einigen Bereichen, in den meisten eher weniger. Wir

haben gerade gehört, dass es für Alleinerziehende auch schwierig ist, Termine zu finden. Wir konnten über die Netzwerkarbeit der vergangenen acht Jahre sehr wohl in den Bezirken für das Thema Alleinerziehende stark sensibilisieren, sodass es veränderte Öffnungszeiten gibt und, das ist ganz wichtig, dass auch die Möglichkeit besteht, Kinder mitzubringen, dass es eine Spielecke gibt, dass es sogar Angebote gibt, Beratungsangebote auch in Jobcentern mittlerweile zum Beispiel, zu denen Kinder mitgebracht werden können, und trotzdem kann die Beratung auch mal ohne Kinder stattfinden. Das ist total wichtig. Man kann die Kinder bei bestimmten Themen nicht immer dabei haben. Da geht es auch um Kinderschutz und die Frage, wie man sich als Alleinerziehende öffnen kann. Daher ist die Situation vielleicht auch von zwei Seiten zu betrachten.

Armut im Alter ist nicht nur ein Problem von Alleinerziehenden, sondern von Frauen insgesamt. Was bei Alleinerziehenden noch dazu kommt, ist nicht nur, dass sie den Haushalt mit einem Einkommen allein stemmen müssen, sondern dass es neben Teilzeit, verkürzter Arbeitszeit und weniger Rentenpunkten nicht die Möglichkeit gibt, zusätzlich zu sparen. Man muss ganz klar sagen: Wenn bei Alleinerziehenden im Haushalt die Waschmaschine kaputtgeht, dann ist das ein Problem. Das kostet dann zwischen 400 und 900 Euro, und die kann man nicht einfach so ausgeben. Wie soll man da zum Beispiel für die Altersvorsorge noch zusätzlich etwas wegtun? Wir wissen alle, dass Altersarmut heute auch dadurch bedingt ist, dass die Rente bei den steigenden Kosten so oder so kaum reichen wird. Zu sparen ist also ein ganz großes Problem, nicht nur für das Alter, sondern auch für Dinge, die im Alltag kaputtgehen können.

Sie sprachen vorhin über Hilfesysteme. Es sind sehr viele Hilfesysteme, viel Zeit. Wie kann man es bündeln? – Wir finden es auffallend, dass bestimmte Hilfestrukturen unfassbar kompliziert sind. Schon allein die Beantragung von Bildung und Teilhabe. Dieses Kleinteilige, zum Beispiel halbjährlich immer Monat für Monat nachzuweisen, um die Bewilligung zu bekommen, um Unterstützung zu erhalten, dieses ständige Einreichen schon vorhandener Dokumente und so weiter. Es ist wichtig, einmal darauf zu schauen und zu hinterfragen: Ist das notwendig? – Dann sind aufgrund von Personalmangel teilweise Bearbeitungszeiten sehr lang. Wir kennen Fälle, bei denen ganz klar ist, dass Kinder zum Beispiel keine Nachhilfe bekommen können, weil der Zeitraum der Beantragung bis zur Bewilligung drei Monate sind oder Wohngeld erst nach fünf, sechs Monaten ausgezahlt werden kann, weil dann die Bearbeitung zu Ende ist. Das sind Strukturen, die für Alleinerziehende extrem belastend sind, denn woher sollen sie den finanziellen Background bekommen? Wir haben gerade gehört, dass es extrem schwierig ist, sich allein Rücklagen zu schaffen.

Sie haben vorhin die Frage gestellt, was ich mir vorstelle in Richtung Wohnraum und Kontingente. – Sie haben natürlich total recht: Wir haben viel zu wenige Wohnungen in Berlin, und natürlich haben ganz viele verschiedene Gruppen Anspruch auf Wohnraum und auf schnellen Wohnraum. Da gebe ich Ihnen recht. Trotzdem, und das haben wir vorhin an dem Beispiel gehört, gerade wenn es im Bereich der Trennung ist, entstehen hochkomplizierte Familiensituationen, die am Ende, wenn es ganz schlecht läuft, auch zu Gewalt in Familien führen. Die Zahlen zeigen es: Sie steigen. Wenn dann Wohnraum nicht entzerrt werden kann, dann haben wir ein Problem. Das schützt dann niemanden mehr und Kinder schon gar nicht. Deshalb würde ich mir wünschen – – Es gibt einfach viel zu wenige Wohnungen, um kurzfristig unterzukommen, um aus der Notsituation herauszukommen. Deshalb ist es wichtig, dass wir, gerade wenn es um Neubau und Neuvermietung geht, vielleicht ein gewisses Kontingent für

Alleinerziehende zur Verfügung stellen können, um genau solche Situationen zu verändern. Das liegt uns sehr am Herzen. Ansonsten wissen wir natürlich, dass es ganz schwierig ist, aber auch hier arbeiten die Bezirke, die Koordinierenden in den Bezirken mit den einzelnen Bezirksämtern, mit den Strukturen dort vor Ort schon zusammen. Da gibt es Fachaustausch, Workshops, wo man mit Wohnungsunternehmen, mit den Sozialämtern aus den Bezirken sich zusammensetzt und gemeinsam schaut: Okay, wir bekommen jetzt nicht unbedingt mehr Wohnungen, aber wie können wir zum Beispiel Wohnraumverlust verhindern, oder wie kann versucht werden, dass Frau oder Mann mit Kind, wenn das Kind in der Wohnung bleibt und der andere Partner geht – – Wie kann man Wohnungssuche unterstützen? – Da wird schon ganz viel versucht, weil ja demnächst auch nicht so schnell Wohnraum zur Verfügung stehen wird.

Warum ist das Landesprogramm nicht im Bereich Familie angedockt? – Es war von Beginn an in dem Senatsbereich Gleichstellung angesiedelt, der dann, je nachdem, was sich durch die Wahl verändert hat, in unterschiedlichen Bereichen angedockt ist. Es war ein gleichstellungspolitisches Thema, ist es auch heute noch, und natürlich kann man immer darüber diskutieren, durch welche Brille man schaut, ob es zum Beispiel auch im Bereich Gesundheit angesiedelt sein könnte, denn Überlastung führt auch zu gesundheitlichen Problematiken. Wir waren zum Beispiel eine Zeit lang auch schon bei der Senatsverwaltung für Gesundheit. Natürlich ist der Zusammenhang mit Familie ganz groß. Den haben und sehen wir auch. Deshalb arbeiten wir in bestimmten Bereichen ganz eng zusammen. Die Koordinierenden und die Beraterinnen und Berater arbeiten zum Beispiel mit den Inhaberinnen und Inhabern der Kinderarmutspräventionsstellen in den Bezirken sehr eng zusammen, um genau diese Schnittmengen, die es gibt, zu bündeln und damit Ressourcen freizuschaukeln und gemeinsam an diesem Thema zu arbeiten, zumal auch der Blickwinkel als Familie gesehen werden muss. Wir schauen durch unsere Senatsverwaltung jetzt mehr auf das Thema Frauen. Wir haben die Kinder nicht aus dem Blick verloren. Andere Senatsverwaltungen, wie zum Beispiel Familie, schauen sehr auf die Kinder. Die Alleinerziehenden sind auch mit dabei. Deswegen macht es großen Sinn, dieses Thema gemeinsam zu bearbeiten und zu bestimmten Themen zusammenzuarbeiten. Ansonsten würde ich jetzt gern nicht weiter darüber reden, wer wie was beeinflusst hat.

Noch ein Anliegen von mir: Dass bitte immer daran gedacht wird, Kinderbetreuung mitzudenken, wenn man über Alleinerziehende redet und Angebote schafft. Ohne Kinderbetreuung ist es einfach schwierig, egal, wann, wo, wenn Sie Veranstaltungen machen oder so, gerade, wenn Alleinerziehende – das ist der letzte Punkt – ganz allein sind. Die Zahl der Alleinerziehenden, die wirklich allein sind, nimmt deutlich zu. Um dann Angebote überhaupt wahrnehmen zu können, braucht es Kinderbetreuung. Deswegen meine Bitte an Sie: Denken Sie das bei all den Dingen immer mit, gebetsmühlenartig, dass Kinder dazugehören und mitgebracht werden müssen. Man kann das bei Sportangeboten oder Fachtagungen auch wunderbar machen, Parallelangebote für Kinder zu machen, so wie bei ganz vielen Beratungsstellen, ob nun bezirklich oder von freien Trägern, sodass die Möglichkeit besteht, Kinder mitzubringen. – Dann gebe ich weiter.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Bitte sehr, Frau Keller!

Delia Keller (Fair für Kinder e. V.): Vielen Dank! – Das war jetzt schon eine ganze Menge. Ich komme noch mal auf die Pandemie zu sprechen. Frau Dubsky hatte es schon gesagt, es war natürlich eine unglaubliche Belastung für Alleinerziehende, sowohl die Arbeit zu regeln

als auch nebenbei Homeschooling zu machen und gegebenenfalls irgendwelche Anträge zu stellen. Damit kommen wir zu einem wichtigen Punkt. Wenn es Hilfsangebote gibt, werden diese sehr oft von Normfamilien ausgehend gedacht. Es gab diese Coronaboni. Ich glaube, es gab den Coronabonus zweimal. 2022 gab es dann noch die Energiepreispauschale. Da weiß ich zufällig noch die Zahlen: Es gab 300 Euro pro Erwachsener und 100 Euro pro Kind. Das führt zum Beispiel zu einer Schieflage. Ich kann von mir selbst berichten, wenn man 100 Euro pro Kind bekommt, und es gibt noch einen Vater dazu, dann muss man das Geld teilen, das heißt, bei mir kamen de facto bei zwei Kindern 100 Euro für beide Kinder an und 300 Euro für mich, macht insgesamt 400 Euro. Bei der Familie, die unter mir gewohnt hat, zwei Erwachsene und ein Kleinkind, meine waren übrigens Teenager, waren es dann 700 Euro, zweimal 300 Euro für die Erwachsenen und 100 Euro für das Kind. Das zeigt, dass diese Strukturen ganz oft falsch gedacht sind. Natürlich brauchen Kinder auch ein warmes Zuhause und Essen, und ich denke sogar, dass Teenager mehr essen als gegebenenfalls Kleinkinder. Ich glaube, das ist schon ein Teil des Problems, dass das ganz oft von Normfamilien gedacht wird, und diese ganzen Strukturen, dass man Förderung beantragen muss und das nicht automatisch ausgezahlt wird.

Ich habe lange über den Unterhaltsvorschuss gesprochen. Da ist die Struktur auch so. Alleinerziehende kommen in die prekäre Lage, weil der andere Elternteil nicht zahlt. Warum muss nicht der eigentlich nicht zahlungsfähige oder nicht zahlungswillige, was auch immer, Elternteil den Unterhaltsvorschuss beantragen? – Nein, den Unterhaltsvorschuss müssen die Alleinerziehenden beantragen. Ich verstehe die Logik dahinter, denn falls ein Elternteil, also mehrheitlich der Vater, untertaucht, müssen die Alleinerziehenden Zugriff darauf haben. Das zeigt aber auch die Struktur. Es liegt immer bei den Alleinerziehenden, gegebenenfalls Mittel einzutreiben, also den Unterhaltsvorschuss zu beantragen, gegebenenfalls einen Kinderzuschlag zu beantragen, das BuT zu beantragen, und das neben der vielen Erwerbsarbeit – wie gesagt, Alleinerziehende arbeiten mehr als Mütter in Paarfamilien – und neben der Sorge für die Kinder, gegebenenfalls noch in Schule und so weiter, Nachhilfe zu geben, was auch immer. Diese ganze Struktur ist einfach von Grund auf total schwierig. Wir brauchen mehr Bringstrukturen statt Holstrukturen.

Was gab es noch? – Ich glaube, das waren meine Hauptpunkte. Zum Unterhaltsvorschuss möchte ich noch sagen, dass dieser in Berlin oder auch deutschlandweit nur bis 18 Jahre gezahlt wird. Wir haben viele Gesamtschulen mit der Möglichkeit von 13 Schuljahren, das heißt, die Kinder gehen dann noch zur Schule. Dann hört der Unterhaltsvorschuss mit 18 einfach auf, und dann haben die Mütter nur die Möglichkeit: Entweder klagt das erwachsene Kind – das junge Kind, das sich gerade in einer vulnerablen Phase befindet, möglicherweise gerade Abi macht, dem Teenageralter entschwundet und selbst loslegen will, muss dann den Vater verklagen –, oder die Mutter springt wieder ein. Das ist für mich keine moderne soziale Familienpolitik. Wie gesagt werden die Unterhaltspflichtigen meistens nicht zur Kasse gebeten. Deswegen brauchen wir dafür eine klare Struktur, eine klare Verantwortungsübernahme. Diejenigen, die Verantwortung tragen, die Alleinerziehenden, die für ihre Kinder da sind, dürfen nicht dafür bestraft werden, dass der andere Elternteil keinen Unterhalt zahlt. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke schön! – Dann kommen wir nun zur –

Dr. Nadja Ringel (BA Marzahn-Hellersdorf): Entschuldigung! – Kann ich nur ganz kurz noch etwas zu diesen drei Punkten sagen, wenn ich Senatorin wäre?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ganz kurz, weil wir noch drei weitere Tagesordnungspunkte haben.

Dr. Nadja Ringel (BA Marzahn-Hellersdorf): Zum einen würde ich versuchen, dass in jeder Erziehungs- und Familienberatung Kinder- und Jugendtherapeuten da sind und genügend Personal. Ich würde versuchen, den RSD attraktiver zu machen und besser aufzustellen, weil er als Kooperationspartner enorm wichtig ist, und ich würde versuchen, die Kosten- und Leistungsrechnung – KLR – abzuschaffen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir nun zum Senat, und es beginnt Frau Senatorin Günther-Wunsch. – Bitte sehr!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich versuche, mich kurz zu halten und würde dann an eine Kollegin und einen Kollegen abgeben, Frau Schefels und Herrn Titt, die in vielen Dingen noch viel detaillierter auf die Fragen antworten können, die gestellt worden sind.

Frau Schedlich, Sie fragten mich zum Thema Vereinbarkeit, gerade für junge Mütter, die noch eine Ausbildung machen möchten. Sie kennen die Situation in der Berufsbildung – Herr Salchow ist inzwischen auch da –, dass ich den Bildungsteil beeinflussen kann, aber nicht das, was die Unternehmer leisten. Es geht aber de facto genau um das, was Sie beschrieben haben: um Teilzeitausbildungen und vielleicht auch unterschiedliche Zeitpunkte des Einstiegs in eine Ausbildung. Dazu gibt es Überlegungen in der Bildungsverwaltung, aber das geht natürlich nicht ohne die Betriebe, denn wir reden häufig von Ausbildungen, die einen Betrieb dabei haben, also dualen Ausbildungen. Wir hören das aber immer wieder, und gerade auch in meiner kommunalpolitischen Zeit in dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf, der davon überdurchschnittlich betroffen ist, nicht nur, was Alleinerziehende betrifft, sondern tatsächlich auch junge Alleinerziehende, das haben wir auch gerade gehört, war das immer wieder ein Thema.

Ich meine, von dem Kollegen Kurt kam die Frage nach der Altersarmut. Das sind natürlich Themen, bei denen wir auch präventiv arbeiten müssen. Wenn wir wollen, dass wir Mütter, Frauen vor der Altersarmut bewahren, dann hat das ganz maßgeblich auch etwas mit einer beruflichen Qualifikation und dann einer beruflichen Perspektive zu tun. Ich habe tatsächlich ein gesteigertes Interesse daran, auch für diese Zielgruppe Angebote zu schaffen und Möglichkeiten zu eröffnen, denn das muss für uns das Ziel sein, übrigens auch, um wiederum solchen Spiralen wie Kinderarmut vorzubeugen. Eine Mama, die eine Berufsqualifikation hat und jeden Tag arbeiten geht, hat eine Vorbildfunktion. Das ist natürlich auch noch mal eine andere Rolle, wenn wir uns dann die Kinder anschauen.

Zum Thema MoKiS, Frau Dubsy, bin ich Ihnen sehr dankbar, Sie haben relativ viel dazu gesagt, zumindest dazu, warum dieses Modell, so wie es jetzt ausgestaltet ist – und die Bildungsverwaltung hatte es abgesetzt, das Parlament hat es zurückgeholt – schwierig ist. Wir haben die Situation, dass wir von Menschen reden, die im Selbstständigenverhältnis sind, die sich qualifizieren müssen. Die Flexibilität für Alleinerziehende liegt häufig in den Randstunden und an den Wochenenden. Dort müsste es Zuschläge geben. Die sind in dem MoKiS-Modell nicht vorgesehen, sodass es, würde ich sagen, für viele nicht attraktiv ist. Sie haben das dann zusammengefasst, dass Angebot und Nachfrage in keinem guten Verhältnis stehen. Es steht auch immer wieder in den Auswertungen von MoKiS, dass die Menschen, die schon in diesem System drin sind, auch nicht an den Rand der Stadt kommen, dorthin, wo wir aber häufig Alleinerziehende haben, schon aufgrund der Wohnungssituation.

Damit wäre ich beim nächsten Thema, im Familienbericht ist es auch immer wieder enthalten: Wohnungen und bezahlbarer Wohnraum. Sie haben den Antrag der CDU-Fraktion angesprochen. Das ist ein Thema, das wir im Senat und ich auch mit dem Senator für Stadtentwicklung immer wieder kommunizieren. Es braucht tatsächlich ein Kontingent bezahlbaren Wohnraums für alleinerziehende Familien; gern übrigens auch für Mehrkindfamilien, auch das ist immer wieder ein Thema, also wenn ich vielleicht mehr als ein Kinderzimmer bräuchte: Ist das leistbar in Berlin? – Da lade ich immer alle politischen Mitbewerber ein, denn ich bin der Meinung, dass das ein Thema ist, bei dem es keine politische Farbe geben darf. Wir alle wollen Kinder haben. Wir haben in Berlin bundesweit die niedrigste Geburtenrate. Rein demografisch gesehen ist es mit 1,1 Kindern schwierig. Bundesweit liegen wir mit 1,3 jetzt auch nicht so viel darüber. Da ist aber natürlich die Überlegung: Kann ich mir in Berlin eine zentrale Wohnung leisten, wenn ich vielleicht noch ein zweites, geschweige denn ein drittes Kind habe? – Das ist eine Frage, die im politischen Raum und natürlich auch beim Wohnungsbau beantwortet werden muss.

Dann haben wir über das Thema psychosoziale Beratung gesprochen. Das teile ich total. Das haben wir nicht nur in den EFBs. Wir haben auch im schulischen Alltag immer wieder die Rückmeldung, dass wir dringend mehr Stellen brauchen. Frau Schefels kann dazu noch mehr sagen. Wir haben dazu aber auch den Runden Tisch Kindergesundheit, der von der Gesundheitsverwaltung ausgeht, und dort ist das natürlich auch ein Thema. Ich verrate jetzt kein Geheimnis, wenn ich sage, die Kinderärzte und Kinderpsychiater, die mit an diesem Tisch sitzen, schlagen auch Alarm, dass wir eine steigende Anzahl haben, übrigens auch schon bei kleinen Kindern. Wir sollten uns nicht vormachen, dass das nur den Jugendbereich betrifft, sondern wir haben tatsächlich schon Grundschulkinder, die dort einen Beratungsbedarf haben.

Das Letzte, das ich gern noch ansprechen würde, ist das Thema Unterhaltsrecht. Frau Keller, das ist ein Thema, da bin ich politisch sehr willig. Ich bin da auch gewillt, dass Berlin eine Bundesratsinitiative dazu startet, dass wir dem dort wirklich Rechnung tragen. Ich bin da auch sehr zuversichtlich, denn es steht im Koalitionsvertrag auf Bundesebene, dass das Unterhaltsrecht an dieser Stelle reformiert werden soll. Ich halte das für zutiefst ungerecht und für nicht nachvollziehbar, weil es eine bereits vulnerable Gruppe doppelt trifft, und ich bin sehr willens, dass wir noch in dieser Legislatur diese Bundesratsinitiative starten. Die Rückmeldung, die ich in der JMFK – Jugend- und Familienministerkonferenz – bekomme, ist, dass das Thema auch andere Bundesländer sehr umtreibt. Das hat also Aussicht auf Erfolg. – Ich würde sagen, wir fangen mit Frau Schefels an. Ist das in Ordnung?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das ist definitiv in Ordnung. – Frau Schefels, bitte sehr!

Regine Schefels (SenBJF): Ganz herzlichen Dank! – Sie haben recht viele Fragen gestellt. Ich versuche, das in fünf Punkten knapp zusammenzufassen. Mir ist ganz wichtig als Referatsleitung für Familienpolitik, dass wir alleinerziehend auch noch mal aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Hier geht es heute ganz viel um Menschen, die wirklich allein sind. Meines Erachtens und nach dem, was die Statistik zeigt, ist das aber nicht so. Die meisten Alleinerziehenden sind nach einer Partnerschaft alleinerziehend, und es gibt immer ein zweites Elternteil dazu. Deswegen wehre ich mich auch dagegen, von Einelternfamilien zu reden, denn ein Kind, und das haben wir heute schon häufiger gehabt, soll im Mittelpunkt dieser Ausführungen stehen, und ein Kind hat das Recht auf den Umgang mit beiden Eltern. Deswegen, finde ich, sollten wir viel mehr über Getrennterziehende nachdenken. Das ist in meinem Referat wiederum ein wichtiger Schwerpunkt, dass wir sagen, wir wollen Partnerschaftlichkeit stärken, und wir wollen vorher präventiv ganz viel ansetzen, um Mütter und Väter zu befähigen, auch nach einer Trennung oder Scheidung Eltern zu bleiben. Das machen wir mit dem Familienfördergesetz, mit Familienzentren, mit der ElternMail, mit dem Familienportal, mit Kooperationen, mit ganz vielen Maßnahmen. Das ist auch das, was Sie als Handlungsbedarfe adressiert haben. Da sind wir sehr wohl unterwegs.

Wir haben schon vor einigen Jahren mit der Berliner Strategie gegen Kinderarmut eine Expertise zu Bedarfen von Alleinerziehenden herausgegeben. Die Umsetzung dieser Strategie in allen Bezirken ist ein großes Thema. Manche Bezirke haben sich das sogar als Kernthema gesetzt.

Auch zum BuT muss ich noch mal sagen: Wir haben dafür eine sehr gute Stelle, sowohl in Kooperation mit SenASGIVA als auch mit unserem Haus. Es gibt deutliche Vereinfachungen.

Es gibt eine Beratungsstelle, die in vielen Sprachen berät. Wir werden da jetzt auch mit der Kita noch mal vorwärtsgehen. Das ist nicht so schwierig. Wir haben diese Familienservicebüros eingerichtet, die auch mobil arbeiten, in Familienzentren sind und auch dazu beraten. Wir sind da also an vielen Stellen unterwegs.

Wir machen die Familienerholung, zum Teil mit speziellen Erholungsangeboten für Familien, die getrennt oder allein erziehen. Wir haben Väterzentren, wir haben Wochenendöffnungen an Familienzentren, und in der ElternMail ist allein- oder getrennterziehend dauerhaft ein Thema. – So weit zu den Handlungsbedarfen.

Dann geht es noch mal um die Armut von Alleinerziehenden. Wenn man nach einer Trennung alleinerziehend ist, ist das – das will ich absolut nicht negieren – eine Wahnsinnsherausforderung. Das Beste, um gegen Armut vorzugehen, ist eigene Erwerbstätigkeit. Was am schwierigsten ist, ist der Erwerbsumfang und dass ein Erwerbsumfang von Müttern in Deutschland, in Westdeutschland mehr als in Ostdeutschland, nicht ausreichend ist, um das Familieneinkommen zu sichern. Da wäre sicher eine Schnittstelle, wo man mehr tun muss.

Wir wiederum haben aber mit einer Kinderbetreuung, die nicht nur in der frühen Bildung in der Kita ist, sondern auch im Grundschulalter vorgehalten wird, wirklich schon eine gute Basis. Es ist ein Thema für mein Referat, immer wieder zu schauen: Warum sind viele Mütter nicht ausreichend erwerbstätig, obwohl wir freie Kindergartenplätze haben? Das ist ein Thema, worüber wir immer wieder diskutieren, zu dem wir uns auch die Statistiken anschauen und mit den Jobcentern in Kontakt stehen, die jetzt zum Beispiel neu und anders beraten. Das ist natürlich auch ein Thema für die Umsetzung der Berliner Strategie gegen Kinderarmut.

Dann waren barunterhaltspflichtige Elternteile ein großes Thema. Das ist auch mir ein wichtiges Anliegen. Ich bin schon seit vielen Jahren dabei, sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene, jemanden zu finden, der dazu eine Studie macht und die Zahlen wirklich erhebt, denn das, was ich sehe, ist ganz häufig, und das ist vor allen Dingen in Stadtstaaten oder in großen Städten so, dass Barunterhaltspflichtige gar nicht so ein hohes Einkommen haben, um so viel Unterhalt zu leisten. Mir geht es also weniger um das Bashing: Die zahlen alle nicht –, als um die Frage: Was können sie denn eigentlich zahlen? – Natürlich ist der Unterhaltsvorschuss nach dem UVG – Unterhaltsvorschussgesetz – eine staatliche Leistung. Dieses ist ohne Zweifel viel zu komplex. Jedes Jahr finden zwei Fachtage statt, um die ganzen rechtlichen Regelungen zwischen Bund und Land zu klären. Das muss man vereinfachen, und das ist sicher etwas, wie Senatorin Günther-Wünsch gesagt hat, woran man weiter arbeiten muss.

Eine letzte Sache noch: Ich würde nie verhehlen, dass es mir ein Anliegen ist, alleinerziehend als Familienform zu betrachten und das eher nicht im Bereich der Gleichstellung sehe. Trotzdem arbeiten wir natürlich sehr eng zusammen. Wir bei uns im Haus haben auch die EFBs, die Frühen Hilfen, die Strategie gegen Kinderarmut hatte ich erwähnt, aber auch so etwas wie Patenschaften für Eltern wie „welcome“, „Känguru“ und „bärenstark ins Leben“, die natürlich auch solche Familien unterstützen. – So weit von mir.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann Herr Titt. – Bitte sehr!

Tobias Titt (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich würde gern noch zwei Fragen aus meiner Perspektive heraus adressieren. Mein Referat ist einerseits

für die Erziehungs- und Familienberatung, aber auch für die Fachthemen der Regionalen Sozialpädagogischen Dienste zuständig. Ich will uns einmal vor Augen führen, wie repräsentiert denn eigentlich die Familienkonstellationen in der Erziehungs- und Familienberatung sind, über die wir heute gesprochen haben. Wir haben einen stabilen sehr hohen Wert: Rund 50 Prozent der Ratsuchenden leben genau in diesen Familienkonstellationen, die wir uns heute vor Augen geführt haben.

Das andere war die Frage nach Ausstattung, besonders auch in der Erziehungs- und Familienberatung. Da will ich gern erwähnen, weil das im Grunde etwas ist, worauf wir gemeinsam sehr stolz sein können, dass das Land Berlin einen bundesweit einmaligen Rahmenvertrag zur Erziehungs- und Familienberatung hat. Frau Arukaslan hat das vorhin schon angesprochen. Darin sind verschiedene Fachstandards, Ausstattungsstandards definiert, die auch bundesweit einmalig sind. Durch Aufwüchse im Einzelplan 10 haben wir es im Grunde genommen geschafft, diese Gap an fehlenden Stellen nach und nach zu reduzieren. Wir waren 2022 noch bei fehlenden finanzierten Stellen von 46 Vollzeitäquivalenten, und jetzt sind es gesamtstädtisch nur noch 12, um im Grunde gesamtstädtisch zu erreichen, dass auf 2 500 junge Menschen unter 21 eine Vollzeitstellenberaterin oder ein Vollzeitstellenberater zur Verfügung gestellt wird. Wir haben da auch ein Großstadtpphänomen zur Kenntnis genommen. Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung empfiehlt eine Vollzeitstelle auf 2 500 junge Menschen unter 18. Wir wollten aber auch bestimmte Übergangsthemen im Bereich junge Volljährige adressieren, darum dieser erhöhte Ausstattungsstandard, der bundesweite Empfehlungen überschreitet.

Dann möchte ich noch ein Thema adressieren: Es ging um die Qualität von familiengerichtlichen Verfahren, jetzt auch ganz konkret adressiert an die Richterschaft. Das beschäftigt dann eher das Thema SenJustV, ich will es aber aufgreifen, weil natürlich der öffentlichen Jugendhilfe und da den RSD eine ganz zentrale sogenannte hoheitliche Aufgabe zukommt. Die Fachkräfte der Regionalen Sozialpädagogischen Dienste wirken in familiengerichtlichen Verfahren mit. Das heißt, sie müssen darauf achten, ob Entscheidungen auch so getroffen werden, dass sie dem Kindeswohl entsprechen, und ihre Expertise einbringen, einerseits zu der Frage, welche Umgangsregelungen dem Kindeswohl am ehesten entsprechen, andererseits aber auch, welche Unterstützungsmöglichkeiten man Familien zukommen lassen kann. Das sind EFBs einerseits, aber auch noch andere Umsetzungsformen der Hilfen zur Erziehung, aber auch – Sie kennen das aus anderen Kontexten, das Umgangscafé zum Beispiel – erfolgreiche Angebotsformen aus dem Flexibudget, die in verschiedenen Bezirken umgesetzt werden.

Uns beschäftigt natürlich schon die Frage, in welcher Qualität diese Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren durch die Fachkräfte erfolgt. Darum sitzen wir quartalsweise mit den Familienrichtern zusammen, und das SFBB – Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg – schult regelhaft jede neue Fachkraft, wenn sie im RSD einsteigt, ganz konkret zu diesen Themenstellungen, um sicherzustellen, dass familiengerichtliche Verfahren und Begleitung von Eltern vor Gericht auch gut stattfinden. – Das noch als Ergänzung.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann schlage ich vor, dass wir den Punkt 3 der Tagesordnung vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

An dieser Stelle möchte ich im Namen des Ausschusses den Anzuhörenden ganz herzlich für die Teilnahme heute an dieser Sitzung danken, dass Sie unsere Fragen so vollumfänglich beantwortet haben, und mit Blick auf die Situation draußen, denn es hat in der Zwischenzeit sehr viel geschneit, darf ich Ihnen einen sicheren Heimweg wünschen oder einen sicheren Weg, wo auch immer er Sie hinführen mag. Vielen Dank!

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2552
**Gesetz zur Errichtung eines
Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin**

[0375](#)
BildJugFam
ArbSoz
Haupt(f)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2741
**Gesetz zum Staatsvertrag über die Zentrale
Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg (ZABB)**

[0380](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.